

Der Neue im Lingenfelder Rathaus

Frank Leibeck: Energiekonzept, Haushaltskonsolidierung und kundenfreundliche Verwaltung erklärte Handlungsfelder



Neuer Verbandsbürgermeister:
Frank Leibeck

Lingenfeld. Frank Leibeck (SPD) ist der jüngst gewählte Bürgermeister der Verbandsgemeinde Lingenfeld. Am 4. Oktober übernahm er die Amtsgeschäfte von seinem Vorgänger Jürgen Thomas (FWG). Die Kreiszeitung sprach mit Leibeck über seine ersten Tage im Amt sowie seine kurz- und mittelfristigen Ziele.

Wie gestaltet sich Ihre Einarbeitung in den nächsten Wochen im Lingenfelder Rathaus?

Die ersten Wochen sind ausgefüllt mit

vielen Gesprächen. Ich muss viele Menschen, wie beispielsweise meine Mitarbeiter, erst mal kennen lernen. Auch mit den Fachbereichsleitern, dem geschäftsführenden Beamten, Fraktionsvorsitzenden und Ortsbürgermeistern, Schulleitern und Vertretern der örtlichen Unternehmen gibt es Gesprächsbedarf. Das schärft sicher mein Bild über die bevorstehenden Aufgaben und Herausforderungen.

Welche Ziele haben Sie sich für die wenigen Monate dieses Jahres noch gesteckt?

Ich möchte recht zügig ein ganzheitliches Energiekonzept für die Verbandsgemeinde ausarbeiten. Dabei sollen die Möglichkeiten, die sich den Kommunen durch die Energiewende in Deutschland bietet, aufgezeigt und genutzt werden. Energie sparen, Energie effizienter nutzen und der Ausbau erneuerbarer Energie sollen hier differenziert

nach kommunalen Liegenschaften und Privathaushalten betrachtet werden. Außerdem möchte ich bereits in den ersten Monaten das Thema Bürgerservice und Bürgerbüro im Rathaus in Angriff nehmen.

Müssen oder dürfen die Bürger in der Verbandsgemeinde Lingenfeld mit Veränderungen rechnen und wenn ja, mit welchen?

Es wird sicherlich Veränderungen geben, nicht gleich in den ersten Wochen, aber ich werde einige meiner Ideen für eine serviceorientierte, kundenfreundliche und moderne Verwaltung in meiner Amtszeit umsetzen.

Was werden Ihre Schwerpunkte in den nächsten beiden Jahren sein?

Die Verbandsgemeinde Lingenfeld ist die höchst verschuldete Verbandsgemeinde im Kreis Germersheim. Die Konsolidierung des Haushaltes wird eine Aufgabe sein, die ich gemeinsam mit allen Fraktionen anstrebe. Die Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfond des Landes Rheinland-Pfalz wird hier ein erster Schritt sein. Weitere müssen folgen. Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt und niedrigere Umlagen für die Ortsgemeinde. Die Umsetzung der Maßnahmen aus dem zu erarbeitenden Energiekonzept wird einen weiteren Schwerpunkt bilden. Zudem liegt mir die Attraktivität unseres Schulstandortes der Realschule Plus Lingenfeld am Herzen. Sie muss gesteigert werden, damit wir ein gutes und leistungsfähiges Schulangebot in der Verbandsgemeinde halten können.

Was wünschen Sie sich für Ihr neues Amt?

Eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Fraktionen im Verbandsgemeinderat, den Beigeordneten und den Ortsgemeinden mit ihren Ortsbürgermeistern.

Außerdem wünsche ich mir, mit einer Mannschaft motivierter und innovativer Mitarbeiter erfolgreich zu sein für unsere Verbandsgemeinde. Ganz allgemein wünsche ich mir für mein Tun und Handeln eine glückliche Hand und Gottes Segen.

Unsere Kreistagsmitglieder (Teil 1)

Verbandsgemeinde Hagenbach



Reinhard Scherrer
Berg



Arnika Eck
Neuburg



Thorsten Pfirmann
Neuburg

Stadt Wörth am Rhein



Joachim Paul
Wörth



Jürgen Nelson
Maximiliansau



Roland Heilmann
Wörth

Verbandsgemeinde Kandel



Volker Poß
Kandel



Günther Tieleböcker
Kandel

Impressum

Herausgeber:

SPD-Kreisverband Germersheim

Barbara Schleicher Rothmund

In den Tongruben 4, Rheinzabern

Redaktion: Arnika Eck

Gestaltung: Foto-Design Ludger Witte



KREIS ZEITUNG

für den besseren Durchblick

Herausgeber: SPD-Kreisverband Germersheim
4. Jahrgang - November 2011 - Ausgabe 4



In dieser Ausgabe:

- Staustufe kein Thema
- SPD: Fachoberstufen an Realschulen plus
- Geschafft: Kleinere Grundschulklassen
- Frank Leibeck: Der Neue im Lingenfelder Rathaus

SPD Südpfalz diskutiert Energiewende Dritte Energiekonferenz am 28. Oktober in Germersheim

Südpfälzische ENERGIE KONFERENZ

Am Freitag den 28. Oktober lädt die südpfälzische SPD die Öffentlichkeit zur dritten Energiekonferenz in die Stadthalle Germersheim ein. „Energieeffizienz und Energiesparen“ rücken dieses Mal in den Mittelpunkt. Als externe Referentin konnte die rheinland-pfälzische Europaministerin und ehemalige Umweltministerin Margit Conrad gewonnen werden.

Drei Energiekonferenzen. Ein Arbeitsparteitag. Ein Positionspapier. Ein Diskussionsforum im Internet. So diskutiert die südpfälzische SPD die Energiewende. Thorsten Schäfer-Gümbel, Vorsitzender der Energiekommission, bezeichnete sie bei der zweiten Energiekonferenz in Landau als den „größten Strukturwandel seit der industriellen Revolution“.

Die erste Energiekonferenz fand bereits im Juni in Herxheim mit zahlreichen Vertretern von Umweltverbänden, Unternehmen und der Kommunalpolitik statt. Mit der zweiten Südpfälzischen Energiekonferenz wurde der Prozess gezielt für alle interessierten Bürger/innen geöffnet. „Wir sind bereit, die Partei für die inhaltliche Arbeit zu öffnen und ohne Scheuklappen zu diskutieren.“, erläutert der Vorsitzende der südpfälzischen SPD, Thomas Hitschler. „Wir wollen eine große Bürgerbeteiligung erreichen und diesen wichtigen Diskussionsprozess über Parteigrenzen hinweg führen.“

**Dritte Energiekonferenz der SPD Südpfalz
„Energieeffizienz - Energiesparen“**

Freitag, 28. Oktober, 18 Uhr

Foyer der Stadthalle Germersheim



Von links: Thomas Hitschler (SPD-UB-Vorsitzender, Thorsten Schäfer-Gümbel (Vorsitzender der Energiekommission), Barbara Schleicher-Rothmund (Mdl)

Zweite Rheinbrücke bei Wörth unerlässlich

Für die SPD im Kreis Germersheim gibt es kein Vertun: Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit unseres starken Wirtschaftsraumes sowohl auf pfälzischer als auch auf badischer Rheinseite und für den Erhalt unserer Lebensqualität ist eine funktionierende Rheinbrücke unerlässlich.

„Wir haben uns mehrfach für eine zweite Rheinbrücke ausgesprochen, wir haben Fachgespräche und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu dem Thema gesucht. Wir werden uns auch weiterhin für eine zweite Rheinbrücke einsetzen.“ so Uwe Schwind, Fraktionsvorsitzender der SPD und Barbara Schleicher-Rothmund, SPD Kreisvorsitzende.

Im Übrigen suchen wir auch den Konsens mit der badischen Seite, ein Vorhaben, was nicht einfach, aber im Interesse der Sache wichtig ist.

Fortsetzung: Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

„Jetzt kommt es darauf an, dass der Bund uns dieses Bauvorhaben auch finanziert, denn ohne Bundesgeld wird diese Brücke nicht gebaut werden können. „Da ist es



SPD-Fraktion im Kreis: „Die Menschen brauchen die zweite Rheinbrücke!“
Von links: Arnika Eck, Reinhard Scherrer, Barbara Schleicher-Rothmund

übrigens unerheblich, an welchem Standort die Brücke steht. Ohne eine klare Festschreibung im Investitionsprogramm des Bundes, kann die Brücke nicht gebaut werden. Und eines steht auch fest, die Sanierung der vorhandenen Brücke ist mit derart vielen Unwägbarkeiten versehen, dass wir an einem Neubau nicht vorbeikommen. „Die zweite Rheinbrücke brauchen wir aber auch zur Entzerrung der Verkehrsströme und hier zeigt sich, dass die Brücke für die Karlsruher Seite eine Zuspitzung ihrer Verkehrsprobleme darstellt. Wir nehmen diese Bedenken ernst, sie können nicht dazu führen, dass eine Region in den Verkehrskollaps getrieben wird,“ meint Schleicher-Rothmund.

Staustufe kein Thema

Erschließung neuer Energiequellen heizt offenbar Diskussion an

Angesichts der öffentlichen Diskussion um eine etwa geplante Staustufe im Raum Karlsruhe durch die EnBW wandte sich Barbara Schleicher-Rothmund an die Landesregierung. Die Antwort der zuständigen Umweltministerin Ulrike Höfken ist eindeutig: „Da der Bau weiterer Staustufen zu einem erheblichen Verlust an Überschwemmungsgebieten und damit zu einer deutlich geringeren Hochwassersicherheit der Unterlieger führen würde, wurde bereits in der deutsch-französischen Vereinbarung von 1982 festgehalten, dass über die acht vorhandenen Staustufen zwischen Basel und Straßburg hinaus weitere Anlagen nicht gebaut werden.“

Schleicher-Rothmund zeigt sich erleichtert: „Für mich waren die Meldungen über Staustufen-Planungen im Hinblick auf das vereinbarte Hochwasserschutzkonzept nicht nachvollziehbar. Derzeit unternehmen die Rhein-anlieger große Anstrengungen, um den 200-jährlichen Hochwasserschutz wieder herzustellen, der wiederum ist zuvor durch den Bau von Staustufen immens beeinträchtigt worden. Von daher haben neue Staustufen am Oberrhein in dem vereinbarten Hochwasserschutzkonzept keinen Platz.“

Die Ministerin hat in ihrer Antwort auch ausgeführt, dass der Landesregierung keine Informationen über konkrete Pläne des Energieversorgungsunternehmens EnBW zur Errichtung neuer Staustufen im Rhein im Raum Karlsruhe/Wörth bzw. am Oberrhein vorlägen.

Darüber hinaus schreibt die Ministerin: „Da keine konkreten Pläne von EnBW vorliegen, kann hinsichtlich des Baus neuer Staustufen am Rhein nur allgemein ausgeführt werden, dass der Bau großer Wasserkraftwerke und Staustufen im Raum Karlsruhe/Wörth mit einer Reihe von wasserwirtschaftlichen und naturschutzrechtlichen Problemstellungen verbunden sein würde.“

Schleicher-Rothmund folgert daraus, dass „die Meldung um den Bau neuer Staustufen durch die EnBW anscheinend der angeheizten Diskussion um neue Energiequellen geschuldet sind und einer tatsächlichen Grundlage entbehren.“

Weitere Bildungs-Chance für unsere Jugend

SPD fordert Fachoberstufen an den Realschulen plus

Die Schullandschaft im Kreis Germersheim gestaltet sich durch die Einrichtung von vier Integrierten Gesamtschulen (IGS) und fünf Realschulen plus vielfältiger und chancenreicher. Seit 1. August 2011 gibt es nunmehr für Schülerinnen und Schüler in Rheinland Pfalz die Möglichkeit, nach der 10. Klasse in den Realschulen plus die Fachhochschulreife zu erlangen. Die Schulen können dabei unter den Fachrichtungen Wirtschaft und Verwaltung, Gesundheit oder Technik wählen.



Vertreter der SPD Kreistagsfraktion informieren sich in den Realschulen plus. Von links: Hermann Wolters (Schulleiter, RS plus, Kandel) Barbara Schleicher-Rothmund, Volker Poss, Arnika Eck, Joachim Paul, Uwe Schwind und Cornelia Geiser (Lehrerin, RS plus Kandel)

Die SPD-Kreistagsfraktion diskutierte diese Option mit den Realschulen plus in Kandel und Bellheim. „Wir rennen bei den Schulleitungen offene Türen ein“, schildert Barbara Schleicher-Rothmund die bisherige Resonanz. „Wir gehen davon aus, dass wir im industriell geprägten Kreisgebiet auch bei den Unternehmen auf eine positive Einschätzung stoßen werden, wenn beispielsweise mindestens eine Schule mit der Fachrichtung Technik (Schwerpunkt Metalltechnik) eingerichtet werden wird“, sagt die SPD-Kreisvorsitzende. „Wir werden das Gespräch mit allen Realschulen plus suchen, denn wir sind an einer abgestimmten Entwicklung der Schullandschaft im Kreis interessiert“, meint Joachim Paul, schulpolitischer Sprecher der SPD. Deswegen haben wir erneut beim Landrat die Fortführung der Schulentwicklungsplanung angemahnt“ ergänzt Fraktionsvorsitzender Uwe Schwind.

Hermann Wolters von der Realschule plus in Kandel zeigt großes Interesse: „Wir haben derzeit schon eine Kooperation mit unseren 6. Klassen im Bezug auf Technikberufe mit dem Daimler-Werk in Wörth. Wenn dies eine Fortsetzung in Fachoberstufen erfahren würde, wäre dies eine hervorragende Perspektive für unsere Schüler und die Schule.“

Nach Abschluss der Gespräche mit den Schulleitungen wird die SPD die Einrichtung von Fachoberschulen an Realschulen plus im Kreis beantragen. Joachim Paul: „Der Abschluss der Fachhochschulreife ist die Eintrittskarte zum Studium an der Fachhochschule oder zum Beginn einer qualifizierten Berufsausbildung. Diese Möglichkeit wollen wir unserer Jugend verstärkt eröffnen.“

Arnika Eck

“Hurra!” Kleinere Klassen in der Grundschule

Mit dem Schuljahr 2011/2012 sind in den ersten Klassen der Grundschulen 24 Schülerinnen und Schüler die Obergrenze. Vorher galten 28 Schülerinnen und Schüler als Obergrenze.

„Hiermit wird ein Wahlversprechen umgesetzt, das vor Ort auf positive Resonanz stößt. In Rheinland-Pfalz gehen wir damit erneut in der Bildungspolitik voran“ freut sich die Kreisvorsitzende der Germersheimer SPD Barbara Schleicher-Rothmund. Der schulpolitische Sprecher der Fraktion, Joachim Paul, ergänzt, dass mit dieser Maßnahme Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Hamburg, das Bundesland mit der niedrigsten Klassenmeßzahl sei.

Für Jürgen Nelson ist das Ganze vor Ort klar erkennbar, so haben sich beispielsweise in Wörth bei 25 Kindern zwei Klassen ergeben, die vormals in einer Klasse zusammengefasst waren. Auch Maximiliansau profitiert bei 73 Kindern, die auf vier Klassen verteilt wurden. Beim alten Teiler seien dies drei Klassen gewesen. Aber auch andernorts ist diese Verbesserung der pädagogischen Bedingungen zu sehen (siehe Tabelle rechts).



Vier statt drei Klassen in der Grundschule Maximiliansau
Kreistagsmitglieder Arnika Eck, Barbara Schleicher-Rothmund und Reinhard Scherrer

Grundschule	Schüler	28er Klassen	24er Klassen	zusätzliche Klasse
Bellheim	82	3	4	X
Berg	24	1	1	
Freckenfeld	14	0	1	X
GER Dr. Eduard-Orth	111	4	5	X
GER Geschwister-Scholl	51	2	3	X
GER Tulla	34	2	2	
Hagenbach	51	2	3	X
Hatzenbühl St. Wendelinus	29	2	2	
Hördt	25	1	2	X
Jockgrim Lina Sommer	47	2	2	
Kandel Ludwig-Riedinger	75	3	4	X
Kuhardt	17	1	1	
Leimersheim K.-Wendel	36	2	2	
Lingenfeld	55	2	3	X
Lustadt	36	2	2	
Minfeld	15	1	1	
Neuburg	16	1	1	
Neupotz	13	1	1	
Ottersheim	28	1	2	X
Rhein Zabern	51	2	3	X
Rülzheim	53	2	3	X
Schwegenheim	27	1	2	X
Steinweiler	14	1	1	
Weingarten	20	1	1	
Westheim	15	1	1	
Wörth Büchelberg	0	0	0	
Wörth Dammshole	25	1	2	X
Wörth Dorschberg	40	2	2	
Wörth Maximiliansau	73	3	4	X
Wörth Schaldt	10	0	1	X
Zeiskam	25	1	2	X
Kreis GER gesamt	1112	48	64	16

Wussten Sie das?

Das Abstimmungsverhalten der südpfälzischen Abgeordneten von SPD, CDU und FDP

Beispiele aus 2011

Bundestag Berlin, 8. Juli 2011

Waffenlieferverbot an das autoritäre Regime in Saudi-Arabien:

Thomas Gebhart (CDU) und Volker Wissing (FDP) stimmten dagegen.

Bundestag Berlin, 7. Juli 2011

Unterirdische Endspeicherung von Kohlenstoffdioxid (CO₂):
Thomas Gebhart (CDU) und Volker Wissing (FDP) stimmten dafür.

Bundestag Berlin, 17. März 2011

Sofortige und endgültige Abschaltung der ältesten Atomkraftwerke:

Thomas Gebhart (CDU) und Volker Wissing (FDP) stimmten dagegen.

Vorübergehende Aussetzung der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke:

Thomas Gebhart (CDU) und Volker Wissing (FDP) stimmten dafür.



Werden Sie Mitglied der SPD

Alle Infos unter:

www.spd.de

und in allen Ortsvereinen



Beispiele aus 2010

Bundestag Berlin, 28. Oktober 2010

Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke:
Thomas Gebhart (CDU) und Volker Wissing (FDP)

stimmten dafür.

Landtag Rheinland-Pfalz Mainz, 15. September 2011

Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn:
Martin Brandl (CDU) und Christine Schneider (CDU) stimmten dagegen. Kurt Beck (SPD), Barbara Schleicher-Rothmund (SPD) und Wolfgang Schwarz (SPD) stimmten dafür.

Landtag Rheinland-Pfalz Mainz, 17. November 2010

Öffentliche Aufträge nur an Unternehmen, die ihre Mitarbeiter nach Tarif bezahlen oder einen Lohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde zahlen (Landestarif-treugesetz):

Martin Brandl (CDU) und Christine Schneider (CDU) stimmten dagegen. Kurt Beck (SPD), Barbara Schleicher-Rothmund (SPD) und Wolfgang Schwarz (SPD) stimmten dafür.